

Beschlussvorlage

zu Punkt 6. für den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses (Amt Eiderkanal) am Dienstag, 28. Mai 2019

Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Satzung über die Benutzung der Amtsunterkunft des Amtes Eiderkanal für Spätaussiedler, Asylbewerber, ausländische Flüchtlinge und Obdachlose und die Erhebung von Benutzungsgebühren

1. Darstellung des Sachverhaltes:

Die Erfahrung nach gut einem Jahr des Betriebs der Amtsunterkunft hat gezeigt, dass das Amt bislang keine Möglichkeit zur Sanktionierung bestimmter Verhaltensweisen der untergebrachten Personen hatte, beispielsweise in Fällen des Überklebens der Rauchmelder. Aus diesem Grund sind im neuen § 6 Abs. 5 der Satzung bestimmte Tatbestände aufgeführt, deren Verstoß vom Amt nach dem ebenfalls neuen § 15 als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann (Satzungsentwurf 1).

Sofern die Kalkulation der Benutzungsgebühren rechtzeitig fertig gestellt werden kann, soll ggf. auch über eine Anpassung der Gebühren für die Unterbringung beraten und beschlossen werden (Satzungsentwurf 2).

2. Finanzielle Auswirkungen:

Bei einer möglichen Anpassung der Benutzungsgebühren, wäre mit einer Erhöhung der Einnahmen zu rechnen, deren Höhe allerdings noch nicht beziffert werden kann.

3. Beschlussvorschlag:

Es wird die vorgelegte Neufassung der Satzung über die Benutzung der Amtsunterkunft des Amtes Eiderkanal für Spätaussiedler, Asylbewerber, ausländische Flüchtlinge und Obdachlose und die Erhebung von Benutzungsgebühren beschlossen.

Im Auftrage

gez.
Cord Maseberg

Anlage(n):

Entwurf der Neufassung der Satzung über die Benutzung der Amtsunterkunft des Amtes Eiderkanal für Spätaussiedler, Asylbewerber, ausländische Flüchtlinge und Obdachlose und die Erhebung von Benutzungsgebühren (Satzungsentwurf 1 und 2)